

Haushaltsrede 2018  
(Stand: 29.11.2017)

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,  
liebe Kolleginnen und Kollegen des Rates und der Verwaltung,  
meine sehr geehrten Damen und Herren,

erinnern wir uns kurz an die Haushaltsberatungen vergangener Jahre: Hitzige Debatten, verknüpft und verbunden mit Kommunal- und Bürgermeisterwahlen hatten wiederholt zu teils aggressiven Haushalts-strategien und daraus folgend Haushaltsreden geführt. Vergleichsweise harmonisch und konfliktneutral verliefen nun hingegen die Haushalts-vorbereitungen in diesem Jahr.

Was sind die Ursachen für diesen Wandel?

Zunächst eine verlässliche und vertrauenswürdige Vorbereitung und Vorlage des Zahlenmaterials durch die Verwaltung. Dafür meinen Dank und den Dank der SPD-Fraktion an die Kämmerin und die weiteren mit der Erstellung des Haushalts befassten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung.

Mindestens ebenso wichtig ist aber auch das in diesem Jahr erreichte Niveau der Kommunikation zwischen den Fraktionen im Zusammenhang mit den Haushaltsberatungen. Im Vorfeld der vergangenen und der heutigen Sitzung hat es eine Vielzahl zeitaufwendiger und konsultativ-konsensorientierter Gespräche mit dem Ergebnis durchgängig kompromissfähiger Absprachen gegeben. Hierfür auch meinen ausdrücklichen Dank an die Vorsitzenden der anderen Fraktionen.

Und das Ergebnis liegt nun vor uns: Ein Haushalt 2018 in dem wir das wichtigste gemeinsame Ziel erreicht haben: Die Vermeidung einer Erhöhung der Grundsteuer B und damit die Vermeidung zusätzlicher finanzieller Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger Schwelms.

Schon der 1. Entwurf der Kämmerei ließ die Einhaltung dieses Zieles realistisch erscheinen – Beibehaltung der Grundsteuer B mit 742 Hebesatzpunkten, ohne Erhöhung.

Aber auch zwischenzeitliche externe haushaltsrelevante Entwicklungen und die Haushaltsanträge aus Ausschüssen und Rat haben dieses Ziel zu keinem Zeitpunkt gefährdet.

Ein Blick in den Haushalt gibt Auskunft über die Gründe:

Zunächst ist da – neben der weiterhin niedrigen Zinssituation - die gute wirtschaftliche Konjunktur zu nennen, die auch für das Jahr 2018 Steigerungen bei den Einnahmen aus Gewerbesteuer, Einkommens- und Umsatzsteuer erwarten lässt. Es sind nur Erwartungen und Planungen, aber sie sind begründet!

Aber auch Kostendisziplin und strukturell-organisatorische Entwicklungen in der Verwaltung haben die Steigerungen bei den Ausgaben auf das notwendige Maß begrenzt, z.B. für die Jugendhilfe und das städtische Personal – letzteres durchaus verbunden mit einer Aufstockung um 2,38 Personalstellen.

Dies alles hat uns in die Lage versetzt, mit dem Haushalt 2018 zukunfts-fähige Perspektiven für die Schwelmer Bürgerinnen und Bürger auf zu zeigen: Die Grundsatzentscheidung für die „Zentralisierung der Verwaltung“ wird durch den Haushalt 2018 nicht gefährdet; der Kunst-rasenplatz an der Rennbahn ist nahezu fertiggestellt und mit dem Haushalt 2018 wird auch das Vorhaben der Sanierung des Gebäudes an der Rennbahn (mit 250 T€ im Investitionshaushalt) auf den weiteren Weg gebracht.

Handlungs- und Gestaltungsfähigkeit der Schwelmer Politik werden grundsätzlich auch mit der Zustimmung zum SPD-Antrag und der Einstellung von jeweils 20 T€ in den Ergebnis- und Investitionshaushalt zur Ausweitung der Betreuungsplätze in den „Offenen Ganztagsgrundschulen (OGS)“ deutlich – aus Sicht der SPD mit vorrangiger Priorisierung der Engelbertschule aufgrund der dortigen Nachfrage und Warteliste; dabei bleibt die Konkretisierung und eine Ausweitung auf andere OGS den weiteren Beratungen im Jahr 2018 vorbehalten.

Nun könnte man meinen, es scheint ja alles „auf's Beste bestellt“ zu sein. Dem ist jedoch nicht so: Am Beispiel der OGS zeigt sich, dass die Kommunen auch hier vor großen Aufgaben stehen – nicht nur bei der geplanten Ausweitung der OGS-Plätze, sondern ebenso im Hinblick auf die Erhöhung der Qualitäten der OGS-Betreuung. Dies geht dauerhaft nur, wenn sich das Land an der Finanzierung dieser zentralen Bildungs- und Sozialaufgabe beteiligt. Das gilt auch für die Notwendigkeit, mittelfristig die Elternbeiträge in den OGS und den Kindertageseinrichtungen (KITAS) zu reduzieren – bis hin zur Beitragsfreiheit. Die dauerhafte Sicherstellung der qualitätsverbessernder Rahmenbedingungen darf nicht auf dem Rücken der Kommunen und der Eltern ausgetragen werden.

Noch offensichtlicher wird die chronische Unterfinanzierung der Kommunen beim Thema ausreisepflichtiger und „geduldeter“ Flüchtlinge: Das, was die gegenwärtige Regierungskoalition in NRW in ihren Zeit als Opposition vehement gefordert hat – die komplette Weiterleitung der Integrationspauschale

an die Kommunen – hat sie bisher auch nicht in Ansätzen realisiert. Erfreulicherweise wird dies in Schwelm verwaltungs- und fraktionsübergreifend missbilligt (siehe hierzu auch das gemeinsame Schreiben von Schwelmer Verwaltung und Politik an den Ministerpräsidenten des Landes NRW).

Die Kommunen – und damit auch Schwelm – sind mit den Aufgaben für dauerhaft bleibeberechtigte Flüchtlinge schon finanziell ausreichend gefordert, z.B. für die Schaffung von zusätzlichen KITA- und Schulplätzen für diese Zielgruppe und die dort erforderlichen Maßnahmen und Förderungen zur Integration. Alles andere ist gesamtstaatliche Aufgabe und keine kommunale Aufgabe und bedarf damit der Bundes- und/oder Landesfinanzierung.

Dabei will ich auf die Herausforderungen bei der Schaffung von Voraussetzungen für eine gelingende Inklusion gar nicht erst näher eingehen.

Dies alles erfolgt vor dem Hintergrund, dass auch weitere Infrastrukturinvestitionen in Schwelm unverzichtbar erscheinen, wie z.B. das „Bäderkonzept“ und nach wie vor - aus SPD-Sicht – Planungen für ein weiteres schulisches Angebot in der Sekundarstufe I.

Wir müssen Schwelm attraktiv erhalten, in jeder Hinsicht, für die Bürgerinnen und Bürger, wie auch für die Unternehmen im Wettbewerb um qualifizierte Mitarbeiter und den Schwelmer Einzelhandel. Dies wird auch die „Neustrukturierung der GSWS“ zu berücksichtigen haben.

Angesichts der Standortnachteile der Stadt Schwelm (als flächenkleinste Gemeinde in NRW) mit kaum vorhandenen Flächen für Unternehmensansiedlungen – und damit fehlenden Möglichkeiten zur Ausweitung von Gewerbesteuererträgen – sind dies alles besonders schwierige Herausforderungen.

Kurzum: Letztlich bleibt deshalb auch der Haushalt 2018 „auf Kante genäht“. Ein geplantes positives Jahresergebnis 2018 in Höhe von 385.700 € vermag keine Sicherheit zu vermitteln. Dabei sei nur angemerkt, dass erst das Jahr 2019 für Schwelm das schwierigste im Rahmen des Haushalts-sanierungsplans werden wird.

Man muss dabei wissen, dass ohne die Gewinnausschüttungen der Stadtparkasse Schwelm (325.000 €) und der „Technischen Betriebe Schwelm (TBS)“ (1.236.500 €) bereits im Jahr 2018 eine Erhöhung der Grundsteuer B unabwendbar gewesen wäre. Beiden Einrichtungen dafür unseren Dank. An dieser Stelle sei positiv angemerkt, dass aufgrund eines Antrags der Fraktionen von SPD und GRÜNEN im Kreistag eine Absenkung der Kreisumlage um

0,25%-Punkte erwartet werden darf - auch 100 T€ helfen uns hier „vor Ort“ in Schwelm!

Manches könnte noch angemerkt werden; die Bürgermeisterin hat jedoch angeregt, die Redezeit auf ca. 7 bis 8 Minuten zu begrenzen. Dem will ich folgen und abschließend lediglich zur Kenntnis bringen, dass die SPD-Fraktion dem Haushalt 2018 zustimmt.

Vielen Dank!

Hans-Werner Kick  
1. Vorsitzender der SPD-Fraktion